

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/238

Bonn, den 14. Dezember 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2a	<u>Entspannungspolitik im Vordergrund</u> Zur NATO-Tagung in Paris Von Günter Markscheffel, z.Z. Paris	115
3	<u>Stabilisierungs- und wachstungsgerecht</u> IG Bau und die Regierungserklärung	45
3a	<u>Stuttgart</u> Weg der Vernunft	31
4	<u>Der Weltraumvertrag</u> Ein Symbol des Umdenkens Von Pierre Simonitsch, Genf	49
5	<u>Liberalisierung in Spanien ?</u> Kurzer Rückblick auf das Jahr 1966 Von unseren HD-1-Korrespondenten in Madrid	42

+ + +

## Entspannungspolitik im Vordergrund

Zur NATO-Tagung in Paris

Von Günter Markscheffel, z.Z. Paris

Die diesjährige NATO-Tagung in Paris bietet in mehr als einer Beziehung Anlaß zu Spekulationen. Natürlich beachtet die internationale Presse vornehmlich das Erscheinen des neuen deutschen Außenministers Willy Brandt. Von ihm erwartet man, daß er zu den auch im NATO-Rat diskutierten Problemen eine Reihe von Anregungen mitbringt, die u.U. helfen könnten, das ausschließlich militärische Blockdenken der vergangenen Jahre aufzulockern. Auch die von den NATO-Ministern zu behandelnden Themen geben Veranlassung zu derartigen Überlegungen.

Intensiver als in den früheren Jahren können die NATO-Minister dieses Mal das Ost-West-Verhältnis erörtern, wobei nicht zuletzt die von der französischen Regierung angesteuerte Verbesserung der allgemeinen politischen Atmosphäre in Europa eine wesentliche Rolle spielt. Inzwischen hat man auch in den USA zur Kenntnis genommen, daß de Gaulles widerspenstige Haltung gegenüber der NATO in einer bestimmten Situation dazu führen könnte, den latenten Ost-West-Konflikt zu entschärfen. Man hat sich an die Eigenwilligkeit de Gaulles gewöhnt und versucht nun, aus den zahlreichen von Paris bilateral angebahnten Ost-West-Kontakten Vorteile für die gesamte westliche Politik zu erzielen. Insofern wird es auch als positiv gewertet, daß Frankreich, das sich bekanntlich aus der rein militärischen Zusammenarbeit mit den übrigen NATO-Partnern zurückgezogen hat, trotzdem bereit ist, allen Verbündeten die politischen Erfahrungen mitzuteilen, die es bei seiner eigenwilligen Politik gegenüber dem Osten machte.

Eine schwer zu beantwortende Frage stellt sich bei den Überlegungen, ob es sinnvoll sein könnte, die NATO als Ganzes zu einem Instrument der Erörterungen von Ost-West-Problemen mit dem Ziel der Entspannung zu machen. Die französische Regierung zeigt hierzu wenig Neigung, weil sie der Meinung ist, daß alle Ostblockstaaten - zu Recht oder zu Unrecht - die NATO als eine gegen sie gerichtete Militärallianz betrachten, der schon aus psychologischen Gründen bei allen Versuchen, sie zu einem politischen Instrument auszubauen, harter Widerstand entgegengebracht wird.

Ob die diesjährige NATO-Konferenz schon eine Lösung dieser umstrittenen Frage finden wird, ist zweifelhaft. Voraussichtlich werden

die Minister beschließen, dieses Thema im kommenden Frühjahr gesondert weiter zu diskutieren.

Als zweiter wichtiger Verhandlungspunkt steht das Problem der Entwicklung einer Verteidigungskonzeption für die nächsten fünf Jahre zur Debatte. Die Amerikaner und Engländer wollen eine gewisse Fixierung der in Europa stationierten Truppenstärken erreichen und verbinden dieses Anliegen mit ihren Forderungen nach Devisenausgleichszahlungen. Die übrigen NATO-Partner glauben, daß es sich hierbei nicht um ein finanzielles, sondern um ein politisches Problem mit der Zielrichtung einer allgemeinen Entspannungspolitik durch Reduzierung der Truppenstärken handelt.

Übrig bleiben dann noch die Erörterung der nuklearen NATO-Strategie. Die Amerikaner scheinen ihre früheren Pläne zur Schaffung einer multilateralen Atomstreitmacht aufgegeben zu haben, weil sie einsehen mußten, daß jede Beteiligung der Bundesrepublik an einem solchen Unternehmen ihre Bemühungen um eine Entspannungspolitik gegenüber dem Osten in Europa blockieren würde. Da auch die Bundesrepublik selbst in der jüngsten Phase ihrer politischen Entwicklung nicht daran interessiert ist, nukleare Forderungen zu erheben, wird man das bisherige McNamara-Komitee in einen Konsultationsausschuß für die allgemeine nukleare Strategie der NATO umwandeln. Man darf hierbei von der Annahme ausgehen, daß durch eine solche Konstruktion der Abschluß eines Abkommens über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen im Sicherheitsausschuß der UNO der Weg geebnet werden kann.

Die Frage, ob die Amerikaner nach Aufgabe ihrer früheren nuklearen Pläne nunmehr die übrigen NATO-Partner drängen werden, ihr konventionelles Verteidigungspotential zu verstärken, ist noch offen.

Sicher wird man nach Abschluß der NATO-Tagung noch weitere Einzelheiten über die zukünftigen Pläne dieses großen westlichen Verteidigungsbündnisses erfahren. Es steht jedoch jetzt schon fest, daß die diesjährige Pariser Tagung bemüht ist, die sichtbar gewordenen Entspannungstendenzen weiter zu fördern und daß in diesem Zusammenhang der Bundesrepublik und Frankreich eine besondere Rolle zufallen. Die Verbesserung des Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland wird von allen NATO-Partnern als eine entscheidende Voraussetzung für die Überwindung des Kalten Krieges in Europa gewertet.

### "Die Handschrift der Sozialdemokratie"

Die Regierungserklärung hat die am Rande der NATO-Konferenz geführten Gespräche natürlich stark beeinflusst. Sprecher des Pariser Außenministeriums und die französische Presse gaben schon am Dienstagabend ihrer Genugtuung darüber Ausdruck, daß sich die neue Bundesregierung nunmehr "auf dem Wege zu einer ernsthaften Zusammenarbeit mit Frankreich befinde und daß man in Bonn besondere Frankreichs-Entspannungsbemühungen in Europa unterstützen wird".

Von dem neuen Außenminister Willy Brandt wird erwartet, daß er bei seinem Gespräch mit Staatspräsident de Gaulle nähere Einzelheiten über die deutsch-französische Zusammenarbeit erläutern wird, wobei man vornehmlich auf Probleme hinweist, deren Lösung bilateral möglich sei, ohne daß dadurch andere Bündnisverpflichtungen der Bundesrepublik oder Frankreichs besinträchtigt werden. Hierbei wird besonders die deutsch-französische Kooperation auf dem Gebiet der Waffenentwicklung und an die zahlreichen Kontaktmöglichkeiten gedacht, die Bonn, gemeinsam mit Paris, in Osteuropa fördern könnte.

Unverhohlen ist dagegen - und dies nicht nur bei der französischen Diplomatie - eine gewisse Enttäuschung darüber, daß Bundeskanzler Kiesinger das Münchner Abkommen nicht ohne die bekannten Vorbehalte verurteilt hat und daß auch bei der Erwähnung der Oder-Weißer-Grenze nichts von einer "endgültigen Anerkennung" gesprochen wurde.

Der neue Außenminister wird sein ganzes politisches Gewicht und seine internationalen Erfahrungen einsetzen müssen, um seinen zahlreichen Gesprächspartnern klarzumachen, wie unser Volk seine nationalen Probleme friedlich zu lösen gedenkt. Hierbei wird dem Außenminister zweifellos der endlich klar ausgesprochene Verzicht auf den Besitz von Atomwaffen zugute kommen. Dieses Problem war bis vor wenigen Tagen selbst bei einigen Verbündeten der Bundesrepublik noch mit Besorgnis erörtert worden. Man erblickt besonders in dieser Passage der Regierungserklärung "die Handschrift der Sozialdemokratie" und gibt der Erwartung Ausdruck, daß auch der Osten den deklarierten Willen der Bundesrepublik zu einer zielstrebigem Entspannungspolitik in Europa mit einer gewissen Erleichterung zur Kenntnis nehmen wird. Aber selbst wenn man in Moskau noch nicht zugeben sollte, daß in Bonn ein neuer Wind weht, so glaubt man doch - das ist die Argumentation in NATO-Kreisen -, daß ein fruchtbarer Ost-West-Dialog jetzt eher eingeleitet werden kann, als dies noch vor dem Regierungswechsel der Fall war.

Brandt selbst geht an die Erörterung aller dieser Probleme illusionslos und ohne hochgespannte Erwartungen heran. Er betonte im Gespräch mit Journalisten, daß er seine Aufgabe zunächst darin sehe, das große Feld von Mißverständnissen und Voreingenommenheiten gegenüber der Bundesrepublik zu "entrümpeln", hierbei seinen internationalen Kredit als Hitlergegner zugunsten des ganzen deutschen Volkes einzusetzen, um dann zu prüfen, wie die Bundesrepublik in ihrem Bemühen, ein Friedensfaktor zu sein, weiterkommen kann.

## Stabilisierungs- und wachstumsgerecht

### IG Bau und die Regierungserklärung

Der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bau - Steine - Erden, Rudolf Sperner, nahm vor dem Beirat der Gewerkschaft zur Konjunkturlage im Baugewerbe und zur lohnpolitischen Situation Stellung. Sperner betonte, daß die gegenwärtige Konjunkturlage zu ernststen Besorgnissen Anlaß gebe. Die 1966 herbeigeführte Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums würde bei einer Fortsetzung dieses Trends für 1967 die Sicherheit der Arbeitsplätze gefährden, da das Baugewerbe besonders empfindlich auf eine allgemeine konjunkturelle Abkühlung reagiere.

Rudolf Sperner wies besonders auf die Abhängigkeit der Auftragslage im Baugewerbe von der Kreditpolitik hin. Die Restriktionspolitik der Bundesbank habe über die Erhöhung des Zinsgefüges zu einer Kostensteigerung im Baugewerbe und zu rückläufigen Aufträgen geführt. Wenn die Bundesbank ihrer Verantwortung gerecht werden will, könne sie diese Politik nicht fortsetzen, sondern müsse zu einer Politik der Zinsverbilligung und der Kreditausweitung übergehen, um die Vollbeschäftigung für 1967 nicht zu gefährden.

Sperner betonte, daß in der gegenwärtigen Konjunktursituation bei der Einkommenspolitik der Gewerkschaft die Sicherheit der Arbeitsplätze im Vordergrund stehen müsse. Die Sorge um die Vollbeschäftigung dürfe aber nicht zu einem einseitigen Stabilitätsdenken führen. So wie die Wirtschafts- und Finanzpolitik habe sich auch die Einkommenspolitik an den Erfordernissen eines stabilen Wirtschaftswachstums zu orientieren. Die Empfehlungen des Sachverständigenrates für eine "kontrollierte Expansion" würden für diese Überlegungen eine gute Grundlage bieten.

Unter Berücksichtigung der von der neuen Bundesregierung zu erwartenden aktiven Wachstumspolitik und der speziellen Konjunktursituation des Baugewerbes erwarte die Industriegewerkschaft Bau - Steine - Erden für 1967 eine Lohnerhöhung von 4,3 Prozent. Diese Erhöhung sei unter Berücksichtigung der Bedingungen der Bauwirtschaft stabilisierungs- und wachstumsgerecht. Die Gewerkschaft müsse dann aber auch erwarten können, daß die Bundesbank sich ebenfalls das wachstumspolitische Konzept des Sachverständigenrates zu eigen mache und einer Senkung des Diskontsatzes das Signal zu einer Wende in der Kreditpolitik gebe. Nur ein voll funktionsfähiger Kapitalmarkt könne 1967 eine Fortsetzung der Baukonjunktur gewährleisten. Bei der konjunkturellen Schlüsselposition der Bauwirtschaft aber seien die Auswirkungen einer nachlassenden Baukonjunktur nicht auf dieses Gewerbe beschränkt, sondern würden die Gesamtwirtschaft in Mitleidenschaft ziehen.

Der Beirat der Industriegewerkschaft Bau - Steine - Erden folgte den Empfehlungen des Hauptvorstandes und beschloß, die am 31. März 1967 auslaufenden Tarifverträge für das Bauhauptgewerbe fristgemäß zu kündigen.

Stuttgart

Weg der Vernunft

U.P. - Daß sich in Stuttgart die beiden großen Landtagsfraktionen, CDU und SPD, zu einer Regierungs-Koalition zusammengefunden haben, hat im ersten Augenblick Überraschung ausgelöst. Dennoch kann man diese Verbindung nicht als Überraschendes Ergebnis werten, weil sie letztlich das Ergebnis politischer Logik ist. Der CDU als bisher in der Regierung führenden Partei ist es nach dem Weggang von Ministerpräsident Kiesinger, der in Bonn das Bundeskanzleramt übernahm, offensichtlich darauf angekommen, die Regierungsbasis zu verbreitern. Die Sozialdemokraten haben ihrerseits das Risiko vermeiden wollen, sich gemeinsam mit der FDP auf den schmalen Pfad einer Miniopposition zu begeben. Die neuen Partner CDU und SPD haben also das getan, was der politischen Vernunft entspricht. Sie haben eine Mehrheit gebildet, von der man Tragfähigkeit erwarten darf.

Das wichtigste Ergebnis der Koalitionsverhandlungen zwischen Christ- und Sozialdemokraten war das Einschwenken der CDU auf die schulpolitische Linie ihres neuen Regierungspartners. Damit hat sich die CDU der Erkenntnis gebeugt, daß die Konfessionalisierung der Grundschulen für die schulische Entwicklung der Jugend nicht mehr dem Zuge unserer Zeit entspricht. Die baden-württembergische CDU ist hierin dem Beispiel gefolgt, das CDU-Politiker in anderen Bundesländern bereits vor längerem mit Nachdruck gegeben haben.

Der Landesvorsitzende der baden-württembergischen Sozialdemokraten, der bisherige Mannheimer Bürgermeister und neue Innenminister Walter Krause, hat zum Ausdruck gebracht, daß die Lösung der Schulfrage für seine Partei die Tür in das Kabinett geöffnet hat. Darüber hinaus verzichteten die Sozialdemokraten auf eine Koalitions-Abmachung, weil sie das Gewicht ihrer Regierungsmitverantwortung in der Ressortverteilung sehen und ausüben wollen.

## Der Weltraumvertrag

### Ein Symbol des Umdenkens

Von Pierre Simonitsch, Genf

Aus dem klassischen Altertum sind Verträge zwischen Nachbarstädten überliefert, bei kriegerischen Auseinandersetzungen das Brunnenvergiften zu unterlassen. Im Jahre 1925 entstand die Genfer Konvention über die Nichtanwendung von Giftgasen. Bis zum nächsten internationalen Vertrag einer ehrlichen Rüstungsbeschränkung mußte die Menschheit über 40 Jahre warten: Dieser Tage wurde das Abkommen über die Freihaltung des Weltraums von Massenvernichtungswaffen und dem Ausschluß von Souveränitätsansprüchen auf dem Mond und den anderen Himmelskörpern unterzeichnungsfähig.

Fast ein Jahr lang arbeitete der UNO-Ausschuß für friedliche Nutzung des Weltraums abwechselnd in New York und Genf an diesem Vertragswerk. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion brachten je einen Vertragsentwurf ein und entsandten ihre führenden Juristen. Die gegenseitigen Zugeständnisse kamen rascher als erwartet. Am 9. Dezember konnte nun Präsident Johnson verkünden, daß sich die 23 Verhandlungspartner auf einen Text einigen konnten. Der amerikanische Staatschef nannte das Ereignis einen wichtigen Schritt auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle seit dem Abschluß des Moskauer Teststoppabkommens. In Wirklichkeit ist die Bedeutung des Weltraumabkommens wesentlich größer als die des Verbots der Atomexplosionen in der Atmosphäre und unter Wasser. Das Moskauer Teststoppabkommen wurde weniger aus humanitären Gründen ausgearbeitet, als aus dem Bestreben, die nukleare Vormachtstellung der Großmächte zu zementieren. Die USA und die Sowjetunion führen ihre Atomwaffenversuche jetzt unterirdisch fort, während die technologisch noch nicht so entwickelten Atomstaaten Frankreich und China dem Abkommen nicht beitraten.

Der Weltraumvertrag dagegen ist ein Beweis des politischen und militärischen Umdenkens, das langsam einsetzt, denn hier legen sich in erster Linie die Großmächte selbst Rüstungsbeschränkungen auf. Freilich: der strategische Wert von Weltraumwaffen wird von den Experten nicht hoch eingeschätzt. Hinter den Enthüllungen über die Bereithaltung von "Orbitalraketen", die wie künstliche Satelliten auf Erdoberfläche gesetzt werden können, steckte ein Gütteil Säbelrasseeln. Im Weltraum kreisende Atomraketen wären ein gefährliches Damoklesschwert - niemand könnte mit Sicherheit sagen, auf wessen Schädel sie einmal niedersausen würden. Der Gegner könnte in den Besitz des Funkcodes gelangen oder die regelmäßig kreisenden Satelliten einfach abschießen.

"Gebt mir einen festen Punkt außerhalb der Erde und ich hebe die Erde aus ihren Angeln!" Also soll sich einst Archimedes geäußert haben. Zweifellos werden in der Zukunft neue Waffen, vielleicht die "Todesstrahlen" der makabren Utopie, auftauchen, und der berühmte Punkt im Weltraum könnte militärischen Wert erlangen. Wenn es noch nicht so weit ist - um so besser. Die Erfahrung hat gezeigt, wie schwierig es ist, eine eingeschlagene Entwicklung rückgängig zu machen. Es sieht heute so aus, als wäre es bereits zu spät, irgendwo auf der Erde, in Afrika oder Lateinamerika, genügend Signaturen für die Sanktionierung von atomwaffenfreien Zonen zu finden. Der Weltraumvertrag ist ein Symbol des Verständigungswillens - nicht zuletzt, weil er trotz des Vietnamkrieges zustande kam.

### Liberalisierung in Spanien ?

Kurzer Rückblick auf das Jahr 1966

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Hat das Jahr 1965 den Spaniern die lang ersehnte Liberalisierung gebracht? Wenn man von dem neuen Grundgesetz absehen will und die verfassungsmäßige Entwicklung Spaniens ausklemmt, so lassen sich einige positive Schlüsse ziehen, die die negativen Einflüsse zu überwiegen beginnen. Noch immer wird das politische Leben durch das Fehlen von politischen Parteien und das Damoklesschwert des "Gerichts für Öffentliche Ordnung" überschattet. Dennoch haben sich die fortschrittlichen Kräfte nach vorn arbeiten können.

Das am 5. April 1966 in Kraft getretene Gesetz über die Pressefreiheit hat Spaniens Blätter wieder lesbar gemacht; offen wird über die Zukunft diskutiert, über Monarchie oder Republik. Auch Streiknachrichten werden gebracht, in einer Breite, wie man sie in keinem Land der Welt mehr kennt. Denn Streiks sind für die Spanier noch zu neu. Als dann und wann spärlicher bekleidete weibliche Gestalten zaghaft in der Presse erschienen, bramarbasierte das Opus-Dei-Sprachrohr "El Alcázar" und schrie nach dem Gendarm ob dieser "Eskalation der Pornographie".

Die Reform der Vertikalsyndikate steht auf der Tagesordnung; auch sonst ist der Ton viel freier geworden. So tritt das Syndikatsblatt "Pueblo" und das linksfalangistische Nachrichtenmagazin "SP" offen dafür ein, auch den Bürgerkriegsteilnehmern der republikanischen Seite eine Pension einzuräumen und sie den Franco-Anhängern gleichzustellen. Und selbst das erzkonservative Blatt "ABC" warf den Spaniern vor, ihre Gesellschaft bestehe aus "Mittelmäßigen, Dummköpfen und Chauvinisten".

Die Generalemnestie, die mit dem Bürgerkriegsdenken aufzuräumen soll, und die Gewährung der Religionsfreiheit für Protestanten und Katholiken, gehören ebenso zu den positiven Zügen des Spanienbildes von 1966.

Trotzdem dürfen die negativen Züge nicht verschwiegen werden. Die Falange wird zwar entmachteter, doch ist sie zählebig. Die breite Masse ist weithin unaufgeklärt, das Schulwesen garantiert bis auf einige Ausnahmen noch immer das Bildungsmonopol der besitzenden Klassen, die katholische Kirche beharrt noch immer auf ihrer früheren Rolle, die spanische Gesellschaft denkt noch immer in den Kategorien des vergangenen Jahrhunderts und ist noch längst nicht entkrampft.

Außenpolitisch neigt Spanien mehr als früher zur "dritten Weltmacht". Die Herstellung diplomatischer Beziehungen zum Ostblock wird von den Auguren für 1967 als "so gut wie sicher" vorausgesagt.